

## **Zur neuen sicherheitspolitischen Lage in Südasien**

Als Indien im Mai 1998, fast genau 24 Jahre nach seinem ersten Kernwaffenversuch, abermals atomare Sprengsätze zündete, war die Weltöffentlichkeit überrascht, obwohl mit einer solchen Entwicklung durchaus zu rechnen war. Zwischen 1982 und 1995 hatten bereits frühere indische Regierungen Ähnliches in die Wege geleitet, dann jedoch aus verschiedenen Gründen, zu denen auch westlicher Druck gehörte, von ihrem Vorhaben Abstand genommen. Die seit März 1998 amtierende Regierung von Premierminister Atal Bihari Vajpayee war dann mit dem erklärten Vorsatz an die Macht gekommen, solche Versuche durchzuführen; bereits 1996, als Vajpayee zum ersten Male Premierminister war, wurde die Zündung vorbereitet, dann aber durch den Fall der Regierung nach nur 13 Tagen vereitelt.

Angesichts dieser langen Vorbereitungen erstaunt nicht nur die allgemeine Überraschung, sondern auch die damit einhergehende weitverbreitete Ansicht, es handle sich bei den Versuchen, die ja ohnehin schon aus technischen Gründen nicht ohne eine lange Entwicklungszeit möglich gewesen wären, um ein unbedachtes und eher spontanes, chauvinistisch motiviertes Säbelgerassel neu an die Macht gekommener Hindu-Extremisten. Auch die nach den indischen und anschließenden, jedoch offensichtlich auch schon lange vorher im Vorbereitungsstadium befindlichen pakistanischen Versuchen getroffenen Maßnahmen der westlichen Staaten, insbesondere der USA, lassen Zweifel zu an ihrem Verständnis der Faktoren, die das Geschehen in Südasien beeinflussten und weiterhin beeinflussen.

In einem Aufsatz, der am 5.6.1998 mit dem Titel "Das indische Kalkül scheint aufzugehen. Unterschiedliche Kosten-und-Nutzen-Rechnungen nach den Atomversuchen in Südasien" in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* erschien, habe ich bereits den Versuch unternommen, die Geschehnisse vom Mai zu analysieren und die mögliche künftige Entwicklung vorauszusagen. Ich kam zu dem Schluß, daß Indien seine Handlungen wohl überlegt und die Folgen sorgfältig bedacht habe. Im folgenden werden mit freundlicher Erlaubnis des Zeitungsverlags einige meiner Überlegungen wiedergegeben.

Den indischen Versuchen war der Abschluß einer neuen pakistanischen Mittelstreckenrakete vorausgegangen. Anders als indische Raketen, die Namen tragen wie etwa Agni ("Feuer") und Prithwi ("Erde"), hieß diese Ghauri, nach Muhammad Ghauri (auch Ghuri oder Ghorī), der von seiner Machtbasis im westlichen Pandschab aus 1192 in der Schlacht von Tarain den Tschahamana- oder Tschauhan-Herrscher Prithwiraja III besiegte und dadurch Delhi eroberte; dieses Ereignis wird allgemein als der Beginn der Herrschaft fremder Muslime im indischen Herzland angesehen.

Aus pakistanischer Sicht sollte mit dem Raketennamen vielleicht nur ausgesagt werden, daß Ghauri wieder Prithwi schlagen könne, wenn es zu einem Krieg kommen sollte. Weil aber der westliche Pandschab das Kerngebiet Pakistans ist und 1192 Muhammad Ghauri zudem der eindeutige Aggressor war, durfte die indische Seite eine nicht einmal subtile Ankündigung eines künftigen pakistanischen Raketenangriffs in Betracht ziehen. Pakistan lieferte Indien somit einen Vorwand, zur Abwendung einer angenommenen, ersten Bedrohung Gegenmaßnahmen zu ergreifen und somit seine schon lange geplanten Aktionen zu rechtfertigen. Es hat den Anschein, als habe Indien ganz bewußt einen Prozeß in Gang gesetzt, bei dem es die Regeln vorgeben und Pakistan zu einem bestimmten Handeln drängen konnte — zu seinem eigenen Vorteil und Pakistans Nachteil. Da aber dieser Aspekt der

Angelegenheit im erwähnten Aufsatz bereits ausführlich beleuchtet worden ist, erübrigt sich eine nochmalige Analyse an dieser Stelle; ein kurzes Resümee sollte genügen.

Indien, das von der Fähigkeit Pakistans, eigene Kernwaffenversuche durchzuführen, natürlich wußte, scheint seinen Nachbarn zum atomaren Offenbarungseid ermutigt, ja geradezu gezwungen zu haben. Obwohl die Auswertung der Tests beider Länder ergeben hat, daß Indien möglicherweise über wirkungsvollere Kernwaffen verfügt, reichen Kernwaffenarsenal und Trägersysteme sowohl Indiens als auch Pakistans aus, um im Falle eines atomaren Schlagaustauschs beide als Verlierer dastehen zu lassen. Somit dürfte auch in Südasien die verquere Logik des Kalten Krieges greifen, wonach gerade die unvorstellbare Zerstörungskraft von Atomwaffen letztendlich eher dem Frieden als dem Krieg dient. Möglicherweise werden sich daher beide Gegner mit dem neugewonnenen Status als Atommächte zufrieden geben und nichts weiter unternehmen. Eine nüchterne Bestandsaufnahme auf beiden Seiten dürfte das vorhandene gegenseitige Zerstörungspotential als hoch genug erscheinen lassen, um den jeweiligen Gegner endgültig von einem Aggressionskrieg abzuhalten, was gar eine Deeskalation der Spannungen zur Folge haben könnte. In der Tat ist inzwischen eine ausgesprochene Zurückhaltung im gegenseitigen Umgang beider Staaten zu beobachten, und im September 1998 sprach der indische Premierminister nach einer Unterredung mit seinem pakistanischen Gegenüber in New York sogar von einem "neuen Kapitel" in den Beziehungen beider Länder.

Ohnehin haben sich beide Seiten trotz ihrer oft äußerst martialischen Rhetorik schon vorher bemüht, Konflikte nicht ausufern zu lassen. Hierzu sei ein Beispiel angeführt. Von einem großen Teil der Weltöffentlichkeit unbemerkt, tobt seit Jahren am Siachengletscher im Karakorum ein oft äußerst heftiger Kampf zwischen den Armeen Indiens und Pakistans. Diesem Konflikt sind schon sehr viele Menschen zum Opfer gefallen; dennoch haben beide Seiten sich bemüht, ihn nicht zu einem regelrechten Krieg ausweiten zu lassen. Es ist anzunehmen, daß auch künftig gewalttätige Konflikte eher auf dieser Ebene ausgetragen werden, wie auch durch Sabotageakte, Aufwiegelungsversuche und Attentate im jeweils anderen Staatsterritorium.

Es sollte auch nicht übersehen werden, daß Indiens Demonstration der Stärke nicht nur gegen Pakistan gerichtet war, sondern auch gegen den mächtigen Nachbarn China. 1962 führten die beiden Staaten einen Krieg, der für Indien in einer Niederlage endete. Seitdem herrscht an der Grenze zwar größtenteils Ruhe, doch die meisten Grenzfragen sind nicht gelöst, und es kommt immer wieder zu Spannungen und auch kleineren militärischen Auseinandersetzungen; so haben noch in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre sowohl Indien als auch China sich gegenseitig Gebietsteile abgenommen (den Bergkamm Hathung La am Bach Namka Chu beziehungsweise die Weiden von Sumdorong Chu nördlich von Tawang), wobei die gegnerischen Truppen sich teilweise von Angesicht zu Angesicht entgegenstanden. Die Atommacht China ist einerseits der wichtigste Waffenlieferant und ein enger Verbündeter Pakistans, versucht andererseits aber auch, in Südostasien Fuß zu fassen, beispielsweise durch Militärbasen in Myanmar (Birma), was Indien das Gefühl des Einkesseltseins vermittelt. Obwohl nicht anzunehmen ist, daß China die indischen Kernwaffentests für mehr als eine Warnung und Machtdemonstration hält, darf diese Komponente des Ganzen nicht aus den Augen verloren werden.

Nicht nur hat die anfängliche Empörung, vor allem im Westen, als Folge der indischen und pakistanischen Detonationen sich bald — und erwartungsgemäß — gelegt, sondern es sind auch viele Stimmen laut geworden, die die Politik und Reaktion vor allem der USA kritisiert und in einigen Fällen sogar Verständnis für die beiden südasiatischen Staaten ausgedrückt haben. Durch ihren Status als erklärte Kernwaffenbesitzer könnten beide Länder zudem

weitere Vorteile erlangen, denn in der Regel machen Machtzuwachs und erhöhte Aufmerksamkeit für ein Land dieses sowohl aus politischer als auch aus wirtschaftlicher Sicht interessanter. Im erwähnten Aufsatz war allerdings dargelegt worden, daß aus mehreren Gründen vor allem Indien Nutznießer dieses Interesses sein dürfte, wie auch überhaupt anscheinend ein Ungleichgewicht zu Gunsten Indiens geschaffen worden ist — auf militärischem, politischem und wirtschaftlichem Gebiet; die dort vorgetragenen Argumente brauchen hier nicht wiederholt zu werden. Daß sie nicht ganz falsch sein konnten, erhellt die Tatsache, daß, während Indien die asiatische Wirtschaftskrise bisher zwar nicht ohne Blessuren, jedoch relativ gut überstanden hat, Pakistan anscheinend in ernststen Schwierigkeiten steckt.

Ein Grund, warum die Nachwirkungen der Kernwaffenversuche ein Ungleichgewicht zur Folge haben, ist einerseits Indiens wirtschaftliche Macht: Umgerechnet nach Kaufkraftparitäten ist seine Wirtschaftsleistung inzwischen so hoch, daß es zur Spitzengruppe der Weltwirtschaftsmächte gehört; ihm gehen nur die USA, China, Japan und Deutschland voran. Andererseits besitzt Indien eine zwar nicht vollständige, jedoch relativ hohe Autarkie in wichtigen Bereichen wie etwa der konventionellen Rüstung und der Hochtechnologie. So ist das Land z.B. nicht nur eine der führenden Nationen auf dem Gebiet der Softwareentwicklung, sondern hat — unter anderem wegen der Unzuverlässigkeit des Zugangs zu westlicher Technologie — auch eine leistungsfähige eigene Hardwareindustrie aufgebaut. Indien besitzt inzwischen sogar eine eigene Supercomputerproduktion; Exporte des Modells Param 9000 gingen auch nach Rußland, Kanada und Deutschland. Vor kurzem wurde der 100-Gigaflop-Rechner Param 10000 vorgestellt, von dem behauptet wird, er könne durch Simulationen echte Kernwaffentests überflüssig machen, was Indiens Ende September 1998 geäußerte Bereitschaft zur Unterzeichnung des nuklearen Teststopp-Vertrags in einem anderen Licht erscheinen ließe als Pakistans gleichartige Bereitschaft. Indien hofft jetzt, einen Teraflop-Computer zu bauen, womit es nicht nur in bezug auf Software, sondern zusätzlich im Hardwarebereich herausragte. Auch Satelliten kann Indien in Eigenregie herstellen und in einer Erdumlaufbahn plazieren. Zudem soll das Land angeblich kurz vor dem Abschluß der Entwicklung seiner eigenen Langstreckenrakete Surya ("Sonne") stehen, die vor allem gegen China gerichtet werden dürfte.

Alldem hat Pakistan wenig entgegenzusetzen; das Land ist vielmehr in hohem Maße auf fremde, insbesondere chinesische technologische Hilfe angewiesen. Andererseits kann es auf die finanzkräftige Unterstützung von Staaten wie Saudi-Arabien bauen, gilt es doch inzwischen als einer der wichtigsten islamischen Staaten dieser Erde. Doch gerade diese religiöse Komponente könnte sich auf lange Sicht als nachteilig erweisen.

Daß der Antagonismus Pakistans mit Indien auch eine religiöse Komponente hat, kann bei einem Staat, der seine Legitimierung allein aus der Religion schöpft, nicht überraschen. Das wird sowohl in vielen islamischen Staaten, wie auch im Westen unter anderem auch dadurch zum Ausdruck gebracht, daß oft nicht von der "pakistanischen", sondern von der "islamischen Bombe" die Rede ist. Außerhalb der islamischen Welt kann dies nur Aversionen schüren. Dagegen hat die Vorstellung einer "Hindu-Bombe" kaum Fuß fassen können. Ganz abgesehen davon, daß die jetzige indische Regierung nur vollendet hat, was frühere, allgemein als "säkular" bezeichnete Regierungen in die Wege geleitet haben, ist es zu offensichtlich, daß diese Regierung, die eine bunte Koalition aus den verschiedenartigsten Parteien ist, kaum als aus Hindu-Extremisten bestehend bezeichnet werden kann, wenn sie auch zweifelsfrei solche Gruppierungen miteinschließt. Vielmehr ist im Falle Indiens vor allem der Nationalismus die treibende Kraft, was auch daraus ersichtlich wird, daß nicht nur der amtierende Verteidigungsminister ein Christ, sondern auch einer der zwei "Väter" des indischen Kernwaffenprogramms ein Muslim ist. Bei einem Großteil der Staaten der Erde,

besonders des Westens, dürfte Indien dadurch im Vergleich zu Pakistan einen Sympathiebonus haben.

Doch trotz allem oben Dargelegten scheint es so zu sein, daß die erfolgten Kernwaffentests im politisch-strategischen Kräfteverhältnis dieser Weltgegend letztendlich nur eine untergeordnete Rolle spielen. Vielmehr scheinen die bestimmenden Faktoren, die tatsächlich von erheblichem Gewicht sind, anderer Art zu sein, werden aber anscheinend in ihrer Bedeutung und Tragweite nicht immer gebührend wahrgenommen oder berücksichtigt. Diese Faktoren sollen im folgenden untersucht werden.

Im Prozeß der Auseinandersetzung des christlich-säkular geprägten Westens mit der islamischen Welt galt die bisherige Aufmerksamkeit der westlichen Öffentlichkeit hauptsächlich dem Nahen Osten. Nun ist jedoch eine Verlagerung dieses Interesses zu beobachten, teilweise deshalb, weil in anderen Weltgegenden, wie beispielsweise Südosteuropa, neue Konflikte und Probleme entstanden sind, in denen der Islam eine Rolle spielt. Es gibt aber auch andere, bedeutende Gründe. Zum einen haben sich politische Werte im Westen gewandelt, wodurch die ideologisch bedingte Anteil- oder Parteinahme für bestimmte nahöstliche Gruppen größtenteils der Gleichgültigkeit, oftmals auch der Abneigung oder gar Feindseligkeit gewichen ist. Darüber hinaus hat die schwindende Möglichkeit nahöstlicher muslimischer Staaten, Öl als Waffe gegen den Westen einzusetzen, sowie ihr damit einhergehender Kaufkraftverlust auch zu einer Abnahme des Interesses an diesen Staaten geführt.

Es wächst aber auch unleugbar ein Gefühl der Bedrohung, nicht so sehr durch Staaten des Nahen Ostens oder durch "die Araber", sondern durch den Islam überhaupt und die damit verbundenen Wertvorstellungen und Verhaltensweisen. Gleichzeitig findet jedoch im allgemeinen Bewußtsein eine Entkoppelung der Begriffe Islam, Araber und Naher Osten statt. Die Frage, ob der Interessenwandel die Entkoppelung bedingt oder umgekehrt, ist hier müßig; von Belang ist nur, daß sie stattfinden.

Die öffentlichen Medien des Westens haben sich bereits auf diese Veränderungen eingestellt; wechselseitige Beeinflussung zwischen Medien und Öffentlichkeit dürfte den Wandel zusehends beschleunigen. Damit wird eine nachträgliche, notwendige Anpassung an tatsächliche Gegebenheiten vollzogen, die politische und andere Entscheidungsprozesse immer stärker beeinflussen dürfte. Die Dringlichkeit dieses Wandels haben die Anschläge gegen Einrichtungen der USA in Ostafrika und die Reaktion darauf deutlich gemacht. Nicht nur spielten der Nahe Osten und seine Völker bei diesen Geschehnissen nur eine periphere Rolle, sondern auch die zukünftige Gefahr, die der Westen zu erblicken glaubt, kommt nun in nicht unerheblichem Maße aus einer anderen Richtung. Mehr noch als die ostafrikanischen Anschläge selbst haben dies die Vergeltungsschläge der USA in Afghanistan und die Brandmarkung Pakistans als einen der Hauptförderer des fundamentalistischen Terrorismus verdeutlicht.

Afghanistan liegt an der Schwelle Südasiens, während Pakistan trotz des Dagegenhaltens islamistischer Kreise nicht nur geographisch, sondern auch kulturell zu Südasien und damit speziell zum indischen Kulturkreis gehört. Nach Weltregionen aufgeteilt leben die meisten Muslime dieser Erde, nämlich etwa ein Drittel, in Südasien. Gedanken und Handlungen von Muslimen, die in dieser Region leben oder aus ihr stammen, beeinflussen die weltweite islamische Gemeinde nicht unbeträchtlich; insofern ist es nur folgerichtig, daß ihr auch im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung des Westens mit dem Islam größere Aufmerksamkeit gewidmet werde. Allerdings ist es dazu notwendig, aktuelle Entwicklungen auch im Rahmen der regionalen Verhältnisse zu analysieren.

Ohnehin ist aus westlicher Sicht die Bedeutung Südasiens gewachsen, seitdem vor allem die USA und ihre Verbündeten erkannt haben, daß ein zentralasiatischer Zugang zum Meer, der Rußland, Iran und China, denen aus westlicher Sicht eher zu mißtrauen ist, sowie den unruhigen Kaukasus meidet, nur über Südasiens erfolgen kann, und zwar über Afghanistan und Pakistan. Die bisherige Unterstützung der USA für die ihre eigenen Ideale und Wertvorstellungen ablehnenden Taliban in Afghanistan ist unter anderem vor diesem Hintergrund zu sehen, denn nur ein — wie auch immer — befriedetes Afghanistan kann geplante Verbindungsvorhaben, wie etwa Straßen, Schienen und Öl- und Gasleitungen, zur Wirklichkeit werden lassen.

Auch die relative Großmut gegenüber Pakistan ist in diesem Zusammenhang zu betrachten. Zudem ist anzunehmen, daß das massive und tatkräftige Engagement Pakistans in Afghanistan, an dem nicht gezweifelt werden kann, obwohl es nicht öffentlich zugegeben wird, nicht ohne Mitwirkung der USA stattfinden kann, wenn auch machthabende pakistanische Kreise - ein Eigeninteresse daran haben und kaum nur den USA zu Gefallen handeln dürften. Allerdings besteht die Gefahr, daß diese Unterstützung Pakistan selbst destabilisieren könnte. Die virtuelle Aufhebung der Grenze zu Afghanistan infolge der Kriegereignisse dort hat alten Forderungen nach einem eigenen Paschtunen-Staat, der neben Afghanistan auch den Nordwesten Pakistans umfassen würde, neuen Auftrieb gegeben, gleichzeitig aber auch zu Spannungen mit Balutschen geführt, die zwischen Pakistan, Iran und Afghanistan aufgeteilt sind und ihrerseits eigene Staatsaspirationen haben. Ohnehin nehmen gewalttätige ethnische Auseinandersetzungen in Pakistan rapide zu; die im Westen bekanntesten dürften die in Sindh sein.

Konflikte häufen sich auch im religiösen Bereich. Pakistan versteht sich zwar als islamischer Staat, in dem in Zukunft sogar nur noch islamisches Recht herrschen soll, doch darüber, was konkret unter Islam und islamischem Recht zu verstehen ist, scheiden sich die Geister. Obwohl die Mehrheit der Bevölkerung aus Sunniten der hanafitischen Rechtsschule besteht, gibt es doch viele, die anderen Richtungen des Islams oder anderen Rechtsschulen angehören. So nehmen Konflikte zu, besonders die gewalttätiger, teilweise radikaler Gruppen, die von Saudi-Arabien einerseits, Iran andererseits unterstützt werden.

Radikale Gruppierungen, die sogenannte fundamentalistische Thesen vertreten, sind in erheblichem Maße städtisch geprägt und ziehen auch viele entwurzelte Heimkehrer vor allem aus den Golfstaaten an. Den eher ländlichen, mystisch geprägten und mit zahlreichen lokalen Elementen versehenen, als tolerant geltenden traditionellen einheimischen Islam zu unterminieren trachtend, sind sie in allen südasiatischen Staaten tätig. Doch wie bei ethnisch geprägten Gruppen, die den Staat bekämpfen, ist es für den Außenstehenden sehr schwer, ihre wahre Natur zweifelsfrei zu bestimmen; zu viele politische und andere Gruppierungen haben ihre Hände im Spiel, und zu viele gewöhnliche Kriminelle schieben Ideale vor, um ihre Machenschaften zu kaschieren. Die Aktivitäten mancher dieser Gruppen werden von der entsprechenden Staatsmacht bisweilen sogar geduldet oder gefördert, um das Ergreifen oder Unterlassen von Maßnahmen an anderer Stelle zu rechtfertigen.

Trotz solcher Vorbehalte zum Wesen von "fundamentalistischen" Gruppen kann man jedoch mit Recht behaupten, daß fundamentalistisches Gedankengut inzwischen die Regierenden in Pakistan erheblich beeinflußt, wie auch die Armee und den Geheimdienst ISI (Inter-Services Intelligence Agency). Daher hat das Wirken Pakistans in Afghanistan, das vor allem von der ISI gesteuert wird, auch eine wichtige religiöse Komponente. Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, daß die von vielen als "Primitivfundamentalisten" bezeichneten Taliban, die vor allem aus — nicht nur aus Afghanistan stammenden — sunnitischen, hanafitischen Paschtunen bestehen, massiv von der ISI unterstützt werden, sogar

personell oder durch die Bezahlung von Söldnern aus anderen islamischen Ländern. Natürlich hofft Pakistan, durch ein von ihm gelenktes Taliban-Afghanistan seinen Einfluß nach Westen und Norden ausdehnen zu können, wie auch die durch Afghanistan führenden Verbindungen zu Zentralasien zu beherrschen.

Daß auch Indien in Afghanistan mitmischet, ist nicht verwunderlich; wie Rußland und die zentralasiatischen Staaten, die den islamischen Fundamentalismus fürchten, unterstützt es bestimmte Gruppen, die gegen die Taliban kämpfen. Das indische Mitwirken an den afghanischen Geschehnissen ist allerdings älter; so behauptete beispielsweise im August 1994, bevor die Taliban ihren Siegeszug antraten, der Milizenführer Gulbuddin Hekmatyar, indische Piloten würden die Kampfflugzeuge des gegen ihn kämpfenden "Präsidenten" Burhanuddin Rabbani steuern. Bei seinen Aktivitäten in Afghanistan geht es Indien aber wohl nicht allein um Einfluß und wirtschaftliche Vorteile, sondern auch um die eigene Sicherheit. - Die Paschtunen gelten einerseits als durch religiöse Parolen leicht aufzuwiegeln, andererseits als schwer in einen Staat zu integrieren oder von diesem zu kontrollieren. Aus indischer Sicht ist ihre Unterstützung durch die Pakistanis daher unbedacht und fahrlässig, zumal sich mehrmals gezeigt hat, daß diese Probleme mit den afghanischen Verhältnissen und der Mentalität der Afghanen haben; Indien scheint zu fürchten, daß die Taliban sich nach ihrer Konsolidierung in Afghanistan gegen Pakistan wenden und zumindest den nördlichen Teil des Landes einnehmen könnten. Das wäre aus indischer Sicht eine sehr ernste Bedrohung, waren es 1947 doch vorwiegend paschtunische Stammesangehörige aus der afghanisch-pakistanischen Grenzregion, die in großer Anzahl mit Unterstützung Pakistans in das damalige Königreich Kaschmir einfielen und den ersten bewaffneten Konflikt zwischen Indien und Pakistan auslösten. Auch jetzt behauptet Indien wieder, daß die im indischen Kaschmir gegen die Regierung kämpfenden Fundamentalisten in der Mehrzahl nicht Kaschmiris, sondern von Pakistan, speziell der ISI eingeschleuste Fremde seien. Indien kann aber nicht zulassen, daß der von ihm gehaltene Teil Kaschmirs seiner Macht entgleitet, denn der Gedanke, daß das indische Herzland durch eine — womöglich noch von fundamentalistischen Muslimen beherrschte — Landverbindung zwischen den verbündeten Feinden Pakistan und China umschlossen wäre, ist für das Land ein Alptraum.

Vor diesem Hintergrund ist die indische Politik gegenüber Iran zu sehen. In maßgeblichen Kreisen scheint man zu meinen, der iranische Islam sei wie der südasiatische im Grunde durch Toleranz geprägt, im Gegensatz zum intoleranten islamischen Fundamentalismus vornehmlich nahöstlicher, größtenteils arabischer Prägung. Aus dieser Sicht wäre der Radikalismus der iranischen Revolution nur vorübergehend, woraus gewisse Gemeinsamkeiten zu konstatieren wären. Tatsächlich sind nicht nur die iranisch-russischen, sondern auch die iranisch-indischen Beziehungen nicht schlecht. Iran erkennt das Taliban-Regime nicht an. Es hat seine Truppen entlang der afghanischen Grenze erheblich verstärkt und unterstützt schiitische, teilweise auch andere Milizen, die gegen die Taliban kämpfen, welche der Rivale Saudi-Arabien unterstützt; zur Zeit scheint sogar ein Waffengang zwischen Iran und den Taliban im Bereich des Möglichen zu liegen.

Manche indische Kommentatoren äußern die Hoffnung, daß der tolerante südasiatische Islam auch in Pakistan im Laufe der Zeit den Fundamentalismus verdrängen und dadurch eine Annäherung zwischen Indien und Pakistan ermöglichen werde. Ob dies eine realistische Vorstellung ist, bleibt abzuwarten. Auf jeden Fall steht jedoch fest, daß trotz des Wirkens fundamentalistischer Gruppierungen in Indien die Pakistan-Idee dort kaum noch Rückhalt findet. Die große Mehrheit der indischen Muslime hält zu Indien. Eqbal Ahmad, ein für seine politischen Analysen bekannter pakistanischer Kolumnist, machte im Dezember 1996 in der in Kathmandu (Nepal) erscheinenden Zeitschrift *Himal* zudem darauf aufmerksam, daß sogar die Enttäuschung mit Indien unter indischen Kaschmiris Pakistan keinen Vorteil gebracht

habe; im Gegenteil empfinde die Mehrheit der Kaschmiris, ob im indischen oder pakistanischen Teil lebend, keine Liebe zu Pakistan. Das deckt sich mit der indischen Behauptung, die im indischen Kaschmir gegen die Regierung kämpfenden Fundamentalisten seien in der Mehrzahl nicht (mehr?) Kaschmiris, sondern von Pakistan, speziell der ISI eingeschleuste Fremde, wobei auch eine Verbindung zu den Ereignissen in Afghanistan gesehen wird. Unabhängig von der Frage des Wahrheitsgehalts belegt diese Behauptung die Notwendigkeit, die Ereignisse in der gesamten Region zusammenhängend zu betrachten und zu analysieren.

Daß diesem Erfordernis auch zumindest teilweise Rechnung getragen wird, möge ein Beispiel belegen. Im August 1995 erschien im amerikanischen Nachrichtenmagazin *Time* ein Exklusivbericht auf der Basis von Informationen aus dem Weißen Haus und dem Pentagon über ein von der Rand Corporation entwickeltes virtuelles Kriegsspiel für hohe amerikanische Regierungsbeamte, das diese mit einer Krise konfrontierte, in der islamische Fundamentalisten durch das Einschleusen von feindlichen Programmen in westliche EDV-Systeme Verkehr, Kommunikation, Wirtschaft und Verteidigung des gesamten Westens fast vollständig lahmlegen, während gleichzeitig die iranische Armee in Saudi-Arabien einfällt. Die die westliche Abwehr völlig überrumpelnde Software ist mit iranischem Geld mit Hilfe von russischen Computer-Experten von indischen Programmierern geschrieben worden. Dieses Szenario wurde von vielen amerikanischen Militärexperten für plausibel gehalten. Inzwischen haben sich die sicherheitspolitischen Parameter zwar verändert, doch die Frage möglicher globaler Auswirkungen von Ereignissen und Machtkonstellationen in und um Südasien bleibt nach wie vor aktuell.

Angesichts dieser Auswirkungen ist die Unterstützung der USA für die Taliban problematisch. Diese werden sich kaum von den USA lenken lassen; auf lange Sicht ist sogar ein Konflikt mit den USA denkbar. In diesem Zusammenhang ist anzumerken, daß auch die Parteinahme der USA nicht nur für die Taliban, sondern auch für die sie unterstützenden, als Drahtzieher des gegen die USA selbst gerichteten Terrorismus verdächtigten Staaten Saudi-Arabien und Pakistan vielerorts — darunter auch in Indien — mit Unverständnis betrachtet wird, zumal nicht nur die Bevölkerungen, sondern auch große Teile der Regierungen beider Staaten den USA alles andere als wohlgesonnen sind. Auf jeden Fall dürfte die Hoffnung, die Befriedung Afghanistans werde amerikanischen (und saudischen) Konzernen zu einem profitablen und reibungsfreien Wirken in dieser Weltgegend — und das schließt auch und vor allem den großen indischen Markt mit ein — verhelfen, sich nur sehr bedingt erfüllen. Eine Festigung der Taliban-Herrschaft in Afghanistan könnte hingegen Auswirkungen haben, die ein gewaltiges und radikales strategisches Umdenken erforderlich machten. So könnte beispielsweise China eingedenk seiner eigenen muslimischen Völker immer mehr auf Distanz zu Pakistan gehen und sich Rußland und dadurch letztendlich auch Indien annähern, unter Aufrechterhaltung der guten Beziehungen zu Iran. Es ist aber auch denkbar, daß eine aus indischer Sicht bedrohliche Situation an seiner Westgrenze Folgen an der Ostgrenze hätte; eine indische Einverleibung Bangladeschs setzte erhebliche militärische Kräfte frei und brächte zudem für Wirtschaft, Verkehr und innere Sicherheit große Vorteile.

Doch nicht nur solche Gedankenspiele erzwingen eine Abkehr von bisherigen Denkmustern in bezug auf Südasien. Dazu reicht bereits die stille, doch zunehmende Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet zwischen Israel und Indien, die auch den regelmäßigen Austausch hochrangiger Delegationen miteinschließt. Sie ist erstaunlich, wenn man das traditionell gute Verhältnis Indiens zu arabischen Staaten bedenkt sowie die Tatsache, daß volle diplomatische Beziehungen zwischen Indien und Israel erst seit 1992 bestehen. Nicht nur mehrere fundamentalistische muslimische Gruppen, sondern auch Pakistan haben Israel und Indien — insbesondere den Muslim A.P.J. Abdul Kalam, einen der "Väter" des indischen Kernwaffenprogramms — der engen Zusammenarbeit auf dem Gebiet nuklearer

Waffentechnologie beschuldigt sowie den Vorwurf erhoben, Israel habe im Mai 1998 einige seiner eigenen atomaren Sprengköpfe durch Indien detonieren lassen, da es solche Tests aus politischen Gründen nicht selbst durchführen könne. Als Pakistan zeitgleich mit seiner auf die indischen Kernwaffenversuche folgenden Detonationsserie den Ausnahmezustand verhängte, war ein wichtiger Grund dafür die irriige Annahme eines bevorstehenden, koordinierten israelisch-indischen Luftangriffs auf seine atomaren Basen. Zur Vermeidung einer Eskalation sagte der israelische Armeechef damals seinen geplanten Indienbesuch ab. Eine Verschwörungstheorie, die derzeit in radikalen islamistischen Kreisen — auch im Internet — die Runde macht, besagt, daß israelfreundliche Kreise und israelische Agenten innerhalb des CIA verhindert hätten, daß Kenntnisse über den Stand der indischen Vorbereitungen zu Kernwaffentests weitergegeben wurden.

Die Annäherung zwischen Indien und Israel, die auch die Machtverhältnisse im Nahen Osten erheblich ändern könnte, wird noch brisanter durch die inzwischen recht intensive Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet zwischen Israel und der Türkei, die einer der wichtigsten, wenn auch ein eher betont leiser Spieler auf der zentralasiatischen Bühne ist. Auch ist bekannt, daß Israel nach wie vor zahlreiche Verbindungen zu Iran unterhält. Solche Faktoren eröffnen die Aussicht auf eine große Anzahl von möglichen bedeutsamen Entwicklungen, die auch hierzulande genauestens analysiert werden sollten, nicht zuletzt wegen der Entfaltungsmöglichkeiten außerhalb Europas, die sich einer Türkei eröffnen, die sich nicht nur durch die EG brüskiert fühlt, sondern auch innerhalb der NATO unter anderem durch die Feindschaft mit Griechenland mit Problemen konfrontiert sieht.

DAS Rahul Peter, Prof. Dr.  
Professor für Neuindische Philologie an der  
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg



